

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 116

Sonnabend, den 17. Mai 1924.

48. Jahrgang

Die endgültigen Wahlziffern.

472 Abgeordnete.

Nachdem nunmehr auch die Ergebnisse der Reichswahl- listen amtlich festgestellt worden sind, ergeben sich die folgen- den endgültigen Mandatziffern:

Deutschnationale Volkspartei	106
B. S. P. D.	100
Zentrum	65
Kommunisten	62
Deutsche Volkspartei	44
Deutschvölkische	32
Demokraten	28
Bayerische Volkspartei	16
Bayerischer Bauernbund	10
Deutschnachwacher	5
Deutschnationale	4

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 29 388 391.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 472, die ein- fache Majorität also 237.

Von den 472 Abgeordneten sind gewählt: 339 in den Wahlkreisen, 63 durch Verrechnung in den Wahlverbänden und 70 auf der Reichsliste.

Die meisten Sitze auf der Reichsliste, 13, haben die Deutschnationalen erhalten, dann folgen Deutschvölkische mit 10, Kommunisten mit 9, und Zentrum und Sozialdemokraten mit je 7 Sitzen.

Die Abgeordneten der Reichslisten.

Da viele Abgeordnete doppelt gewählt worden sind, auf einem Kreiswahlvorschlag und auf der Reichsliste, so blieb zunächst noch zweifelhaft, welche Abgeordneten durch die Reichslisten als gewählt anzusehen sind. Inzwischen haben sich schon eine Reihe von Abgeordneten entschieden. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Deutschnationale Volkspartei. Auf ihr Mandat auf der Reichsliste haben folgende auch in ihren Wahlkreisen gewählte Kandidaten verzichtet: Hergt, Hüfner von Bismarck, Törp, von Goldacker, Graef, Hartmann, Schulze. Die Reichsliste der Deutschnationalen Volkspartei setzt sich wie folgt zusammen: Behm, La mbach, Dr. Werner, Dietrich, Dr. Spahn, Weindöck, Roth, von Dewitz, Müller-Ditrich, Klönne, Graf von Meerfeld, Quaas, Baeder.

Deutsche Volkspartei. Auf ihr Mandat auf der Reichs- liste verzichten: Scholz und Thiel. Die Reichsliste setzt sich also wie folgt zusammen: Dr. Strefemann, Mende, Kießer, Dr. Kahl, Dr. Düringer und Morath.

Deutsche Demokratische Partei. Auf die Mandate auf der Reichsliste verzichten: Koch und Erkelenz. Die Reichsliste setzt sich wie folgt zusammen: Bäumer, Fischer, Gehler, Haas, Reinath, Dr. Böhme.

Zentrumspartei. Auf sein Mandat auf der Reichsliste hat verzichtet: Reichskanzler Marx. Die Reichsliste setzt sich wie folgt zusammen: Dr. Spahn, Dransfeld, Köder, Hofmann-Ludwigshafen, Lammers, Wegmann.

Regierung und Deutschnationale.

Zu der Entschliessung der Parteileitung der Deutschnatio- nalen Volkspartei, in der die gegenwärtige Reichsregierung zum Rücktritt aufgefordert wird, erklärt die Reichsregierung eine lange Erklärung, in der es heißt:

Die Reichsregierung ist entschlossen, pflichtgemäß die ihr übertragenen Regierungsgeschäfte nicht vor dem Zusammen- tritt des Reichstages aus der Hand zu geben. Sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Deutschland in den Verhandlungen über die Sachverständigenentwürfen zu vertre- ten und die zur Durchführung der Entwürfe erforderlichen Gesetzentwürfe vorzubereiten, sowohl im Hinblick auf die immer bedrohlicher werdende Kreditkrise, die finanziellen und wirtschaftlichen Erfordernisse Deutschlands, die ohne je- den Aufschub befriedigt werden müssen, wie aber auch in dem Bewußtsein, dadurch dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes und der Mehrheit des neuen Reichstages zu entspre- chen. Die schnellste Klärung der politischen Lage könnte die Deutschnationale Volkspartei selbst schaffen, wenn sie Antwort geben wollte auf die fortgesetzt an sie gestellten Fragen, wie sie denn zu den großen und wichtigen Einzelfragen der deut- schen Außenpolitik steht. Das wäre auch die beste Vorberei- tung der bevorstehenden Regierungsbildung. Für die Reichs- regierung wäre es unverantwortlich, wollte sie aus außen- politischen Gründen die außenpolitischen Interessen Deutsch- lands aufs Spiel setzen.

Das Kabinett Marx-Strefemann will also nicht weichen! Ganz ungeheuerlich mutet die Behauptung an:

„Sie (die Regierung) habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Deutschland in Verhandlungen über die Sach- verständigen-Entwürfen zu vertreten und die zur Durchfüh- rung der Entwürfe erforderlichen Gesetzentwürfe vorzuberei- ten.“ Nach dem 4. Mai steht dem Kabinett hierzu mindestens kein moralisches Recht mehr zur Seite. Von einer „Pflicht“ zu reden, der man sich — im Gegensatz zum kundgetanen Volkswillen!! — unterziehen müsse, ist eine besondere Lei- stung der in seinen Parteien geschlagenen Regierung. Man macht aber in Zahlenlauberei und rechnet sich aus, daß die Parteien, die für Annahme des Entwürfs seien, auch jetzt noch die Mehrheit hätten, was erst bewiesen werden muß!

Wie uns von der Leitung der Deutschnationalen Volks- partei mitgeteilt wird, widerspricht die Darstellung, die die Wolffs Telegraphen-Büro über Verhandlungen gibt, die mit der Deutschnationalen Volkspartei geführt sein sollen, in al- len seinen Punkten den Tatsachen. Seit den Wahlen hat zwi- schen der Reichsregierung und den Führern der Deutschna- tionalen Volkspartei eine einzige Besprechung stattgefunden. Die Deutschnationale Volkspartei hatte in der Reichskanzlei Ein- spruch dagegen erhoben, daß die jetzige Regierung der Repa- rationskommission die Gesetzentwürfe zur Durchführung des Sachverständigen-Entwürfs vorlege. Aus diesem Anlaß wur- de am 9. Mai von den Herren Reichskanzler Marx, Reichsfi- nanzminister Luther und Staatssekretär Bracht der Parteivor- sitzende Erzelenz Hergt, Graf Westorp und Dr. Reichert emp- fangen. Die Besprechung diente, wie ausdrücklich festgestellt wurde, lediglich dem Zweck, Auskunft über den Stand der Vorarbeiten für jene Gesetzentwürfe zu geben. Dabei wur- den hinsichtlich einer Reihe von Einzelfragen die Meinungen über Inhalt und Wirkung der Sachverständigen-Vorschläge ausgetauscht. Dagegen wurden aber weder „die Gründe“ be- sprochen, die die Reichsregierung zu ihrer Stellungnahme zu dem Sachverständigen-Entwürfen gezwungen haben, noch wurde in einer Erörterung über die Absichten der Deutschna- tionalen Volkspartei über die Behandlung des Sachverständi- gen-Entwürfs oder über die Regierungsbildung ver- handelt. Letzteres war nicht möglich, weil Staatsminister Hergt zu Beginn der Verhandlungen erklärt hatte, daß die Deutschnationale Volkspartei über die Regierungsbildung und über ihr Programm nicht mit der gegenwärtigen Regie- rung, wohl aber mit den dafür zuständigen Stellen zu ver- handeln bereit sei.

Andere Besprechungen der Regierung mit den deut- schnationalen Führern haben nicht stattgefunden. Ueber die Gründe, aus denen die Regierung das Sachverständigen-Ent- würfen anzunehmen und ihrerseits in festlegenden Verhand- lungen diese Annahme vorzubereiten sich verpflichtet hält, hat sie sich zwar öffentlich, nicht aber darüber hinaus der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber geäußert.

Die Frage, wie die Partei den zu den großen und wichtigen Einzelfragen der deutschen Außenpolitik stehe, ist an die Partei von der Regierung oder von den dafür zuständigen Stellen, wie etwa dem Herrn Reichspräsidenten oder den Führern anderer Parteien überhaupt nicht gerichtet worden, so daß uns unverständlich ist, wie Wolffs Telegraphen-Büro verbreiten kann, daß diese Fragen „fortgesetzt an sie gestellt“ seien.

Die Deutschnationale Volkspartei hat, so weit dies in der Öffentlichkeit überhaupt nur möglich ist, durch die Un- terbrechung des Staatsministers Hergt mit dem Vertreter des „Vol.-Anz.“ vom 6. Mai über ihr Programm Auskunft ge- geben, und in den weiteren Erörterungen ist darüber keine Unklarheit gelassen worden. Sie ist selbstverständlich bereit, den zuständigen Stellen darüber hinausgehende Erklärun- gen jederzeit abzugeben. Der irreführenden Darstellung des W. T. B., die den Eindruck hervorrufen will, als habe man bisher bereits mit der Partei fortgesetzt Verhandlungen über ihr Programm und die Regierungsbildung gepflogen, und als seien diese Verhandlungen ergebnislos gewesen, muß mit al- ler Entschiedenheit widersprochen werden.

Es bleibt aufzuklären, wer derartige unzutreffende Dar- stellungen in die Welt setzt.

Weshalb das unerhörte Kleben der Regierung?

Die gegenwärtige Regierung ausschlaggebend beeinflus- send politischen Preise wollen unter allen Umständen ver- hindern, daß den Deutschnationalen, wie es sich nach Brauch und Herkommen gehört, die Regierungsbildung übertragen wird. Sie wissen sehr gut, daß mit der Übertragung der Regierungsbildung an einen deutschnationalen Kanzler die politische Initiative aus ihrer Hand in die der Deutschna- tionalen übergehen würde, und daß dann nicht sie, sondern die Deutschnationalen es wären, die sich ihrerseits die Parteien zu der neuen Regierungskoalition, andererseits die Männer zu dem neuen Kabinett auswählen könnten, daß nicht

sie, sondern die Deutschnationalen dann die Bedingungen stellen könnten.

Wohl verstanden: gegen einen Eintritt der Deutschnatio- nalen in die gegenwärtige Regierung, also gegen eine Ver- breiterung der jetzigen Regierung durch die Deutschnatio- nalen, haben jene Kreise um Marx und Strefemann durchaus kaum etwas einzuwenden; sie wünschen sogar zweifellos die- sen Eintritt selbst, sind sie sich doch schon darüber klar, daß die gesetzgeberische Durchführung des Sachverständigenentwür- tens im neuen Reichstag ohne die Mitwirkung der stärksten Partei schwerlich bewerkstelligt werden kann. Sind die ge- setzgeberischen Arbeiten zum Sachverständigenentwurf aber einmal unter Dach und Fach, so brauchte man die Deutschnationalen nicht mehr, und es wird dann ein leichtes sein, sie wieder unter irgend einem Vorwand aus der Regierungskoalition herauszubringen. Kommt es dann zu unlöslichen parlamentarischen Konflikten und damit zu einer Reichstags- auflösung und Neuwahl, so rechnet man in den besagten Kreisen mit einem großen Mißerfolg der Deutschnationalen, da sich diese ja selbst durch ihre Mitarbeit am Sachverständi- genentwurf in der nationalen Wählerschaft genug kompro- mittiert hätten.

Allerdings gehen diese Tendenzen weniger von der Deut- schen Volkspartei, als vom Zentrum und den Demokraten aus.

Professor Hoeksch über das Gutachten.

Zu den „Baseler Nachrichten“ charakterisiert Professor Hoeksch unter dem Titel „Reichstagswahlen und Außenpoli- tik“ die gegenwärtige politische Lage, wie sie sich für die Deutschnationalen ergibt. Er weist zunächst auf die starke Vermehrung der Kommunisten und Deutschnationalen hin und sagt: Die Schwierigkeiten, welche die Kommunisten im neuen Reichstag machen werden, werden einen besonders ent- schlossenen und nervenstarken Präsidenten bedingen, den voraus- sichtlich die Deutschnationale Volkspartei zu stellen hat, wenn der Reichstag dieser berufsmäßigen Störer Herr werden soll.

Er sagt dann mit Bezug auf die Neubildung der Regie- rung weiter: Nunmehr ist die Lage die, daß die bisherige Große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten eine ganz knappe Mehrheit hätte. Doch ist diese Mehrheit noch weniger tragfähig, als bisher, weil sie die vorbehaltlose Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei voraussetzt, d. h. bei der Gegene- schaft gegen die Strefemann-Partei große Hindernisse finden wird. Andererseits liegen für eine Reichsregierung, einer Regierung der staatsbürgerlichen Kräfte, die Mehrheitsver- hältnisse von den Deutschnationalen bis zum Zentrum und der Bayerischen Volkspartei auch nicht viel anders, wie bei der großen Koalition, doch würde eine solche Regierung unter der Führung der Rechten in sich geschlossener und fester sein als jede andere Bildung, oder sie werde überhaupt nicht zu- standekommen, weil die Voraussetzung bei der Regierungsbildung für die deutschnationale Fraktion eben die Gewähr einer solchen Geschlossenheit und Einheit wäre.

Das Kabinett Marx-Strefemann hat sich der Aufforderung der Reparationskommission, sich zum Gutachten zu äußern, außerordentlich schnell entschlossen. Es war aber nicht in der Lage, Deutschland an diese Erklärung zu binden. Kommt eine Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen zustande, so geht diese mit freier Hand an die Prüfung des Gutach- tens und die Stellung dazu heran. Die Alliierten und Frankreich insbesondere werden heute wissen, daß auf dem Wege des Diktats und der Kapitulation aus diesem Sachver- ständigenentwurf nichts werden wird. Die Deutschnationale Volkspartei hat niemals die Verpflichtung abgelehnt, nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und unter Voraussetzung der Wahrung seiner Freiheit und Sou- veränität die Lasten der Kriegsschuld für den ver- lorenen Krieg auf sich zu nehmen! aber ihre Grundeinstellung zu der ganzen Frage ist eine andere als die der Parteien, die bisher an der Regierung waren, und nach dieser Einstellung kann sie gar nicht Verhandlungen zum Abschluß bringen mit einer Verpflichtung für Leistungen, die von vornherein uner- füllbar sind.

Ein „Unabhängiger Ruhrstaat“ geplant?

Dortmund, 17. Mai. Von seiten der radikalverheßten Arbeiterschaft sind mit der Arnberger Regierung Verhand- lungen zwecks Unterstützung der Bergarbeiter angeknüpft worden. Ueber die Form des Ruhrkampfes geben außer den verschiedenen Aufrufen auch folgende Richtlinien Aufschluß, die in einem nicht unterzeichneten Schreiben an die Vertrauensmänner im ganzen Industriebezirk erlassen wurden. In

dem Schreiben heißt es:

Es ist jetzt die beste Gelegenheit, der Reaktion die Macht zu entreißen. Nunmehr muß die Anpassung der Löhne an den Lohn der englischen Bergarbeiter verlangt werden. Den Bedenkbessern ist ein Ultimatum von ein bis drei Tagen zu stellen. Nach Ablauf des Ultimatums müssen aus innen- und außenpolitischen Gründen die Betriebe von den Arbeitern übernommen werden. Die bewirkte große Schädigung der Bevölkerung hat die Industrie zu tragen. Nach Übernahme der Betriebe erfolgt sofortige Fühlmanahme mit den französischen, belarischen und englischen Mächten. Gleichzeitige Ausrüstung der Arbeiterparteien in den genannten Ländern zur Verständigung, sofortige Bildung eines unabhängigen Ruhr- und Wirtschaftsstaates unter Kontrolle einer Betriebsrätevertretung wird gefordert. Die Leitung übernimmt ein Wohlfahrtsministerium. Zur Besprechung dieser Richtlinien hat in Gelsenkirchen eine Konferenz der revolutionären Betriebsräte oder Schichtanlagen stattgefunden. Es werden jetzt neue Besprechungen vorbereitet.

Die Verbeugung vor Moskau.

Nachdem die Reichsregierung der Sowjetregierung ihr Bedauern über die Verletzung der persönlichen Exterritorialität einzelner Mitglieder und die „technischen Mängel“ der verantwortlichen Polizeistellen ausgesprochen hat, erfolgt prompt die Dittung darauf. Wie bereits angekündigt, wurde dem deutschen Botschafter Grafen Brodorsky-Raukau die Note der Sowjetregierung übermittelt. Die Note enthält tatsächlich folgende unerschämten Forderungen: 1. Exterritorialität der russischen Handelsdelegation (die, wie schon angekündigt, von der deutschen Regierung nicht zugestanden wird), 2. Bestrafung (!) der schuldigen Beamten (die von der deutschen Regierung als eine ausschließliche Angelegenheit der deutschen Behörden angesehen wird), und 3. Wiedergutmachung des angerichteten Schadens.

Die Veröffentlichung dieser Note sowie der anderen Noten, die in letzter Zeit gewechselt worden sind, ist seitens der deutschen Regierung nicht beabsichtigt.

Wird die Reichsregierung tatsächlich hier nachgeben und durch das Moskauer Fach schreiten? Nach der Kalkulation des Oberregierungsrates Weisk und all dem Vorausgegangen läßt sich schwer daran zweifeln.

Schaffung einer Agrarbank.

Ein Vortrag des Grafen Ranitz.

Auf Einladung der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer hielt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Ranitz, einen Vortrag über die reichsgesetzliche Förderung der landwirtschaftlichen Produktion für die nächste Zukunft. Er entwickelte darin ein festumrissenes, großzügiges Agrarprogramm, welches er als eine der Hauptaufgaben des neuen Reichstages in Anbetracht der sich täglich verschärfenden Agrarkrise darstellte. Unter Zustimmung der Versammlung betonte er die unbedingte Notwendigkeit der Haltung der Rentenmark und sprach über die verschiedenen Möglichkeiten der Kreditbeschaffung, wobei er, wie bereits des öfteren, auf die Notwendigkeit hinwies, nach Eintritt einer internationalen Beruhigungsatmosphäre der Frage der Kreditbeschaffung aus dem Ausland ohne direkte Verschuldung des einzelnen Landwirts an das Ausland näherzutreten. Ueber

die Goldnotenbank

führte Graf Ranitz folgendes aus:

„Nach dem Sachverständigengutachten soll die neue Goldnotenbank als Zentralnoteninstitut und auch als Zentralkreditinstitut fungieren. Die Goldkreditbank und Rentenbank sollen nach Ablauf einer bestimmten Frist liquidiert werden. Die Rentenbank soll ihre Kredite an die Wirtschaft nicht wieder erneuern. Meines Erachtens läßt der Expertenbericht die Frage völlig offen, wie und wo denn in Zukunft der landwirtschaftliche Kreditbedarf beschafft werden soll, nachdem die neue Goldnotenbank hierfür in ihrer Natur nach als Noteninstitut kaum in Frage kommen kann, da sie voraussichtlich nur kurzfristige Wechsel wird ausgeben können. Der neue Reichstag muß Mittel und Wege finden, die Grundlagen für eine Agrarbank, welche die kreditgebende Funktion der Rentenbank nicht nur übernimmt, sondern weiter ausbaut, bald zu schaffen. Die Vorarbeiten für diesen Gedanken werden in meinem Ressort geleistet.“

Der Minister betonte dann weiter die Notwendigkeit, einen Warenverkehr einzurichten, d. h. eine Beleihungsmöglichkeit zu schaffen für mobiles Inventar sowie für Früchte auf dem Palm und in der Erde. Auch hierfür sind gesetzgeberische Vorarbeiten im Gange.

Deutsches Reich.

Ministerpensionen in Preußen. Der Hauptausschuß des preußischen Landtages beendete am Mittwoch die Beratung des Notetats und wandte sich dann dem Gesetzentwurf über die Versorgung der Staatsminister zu. Nach dem Entwurf soll beim Ausscheiden während der ersten vier Jahre der Ministerpension ein Übergangsgeld, bei längerer Tätigkeit nach Ablauf des Übergangsgeldes ein Ruhegehalt gewährt werden in Höhe eines Drittels des Ministergehaltes. Bei Ministern, die aus dem Reichs-, Staats- oder Gemeindedienst hervorgegangen sind, gelten die allgemeinen beamtengesetzlichen Bestimmungen. Die Koalitionsparteien erklären sich mit dem Entwurf einverstanden, während von Seiten der Deutschnationalen Volkspartei scharfe Kritik geübt wurde.

Spaltung in der deutschen Industrie. Auf Einladung eines Kreises deutscher Industrieller, unter denen sich bekannte Persönlichkeiten, wie der frühere preussische Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Krauwinkel aus dem Rheinland, Landtagsabgeordneter Fabrikbesitzer Clavico aus Westfalen, der Inhaber der Schichtanverwerfung Carlson und Generaldirektor Reichsheimann befinden, tagte am Dienstag in Berlin ein Kreis Industrieller aus allen Landesteilen. Die Erschienenen, die zum größten Teil Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie waren, kamen zu der Auffassung, es sei notwendig, in der Deffektivität den Eidrud zu zerstören, als Vertreter der Reichsverband der Deutschen Industrie in seinen Grundgedanken zur deutschen Erfüllungspolitik die deutsche Gesamtindustrie. Nach einem Vortrag des Oberfinanzrates Dr. Bang wurde eine entsprechende Entschlüsselung angenommen. Es wurde beschlossen, noch vor dem Zusammenritt des Reichstages eine große Industriellen-Versammlung nach Ber-

lin einzuberufen mit dem Thema „Die Sachverständigen-Gutachten“. Die Versammlung soll am 19. Mai stattfinden.

Rutschpläne der Separatisten im Ruhrgebiet. Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet, daß die Separatisten Matthescher Färbung für die nächsten Tage einen Rutsch planen. Sie sagen sich, daß ihre Absichten angesichts des Ausfalls der französischen Wahlen ungeändert in die Tat umgesetzt werden müssen oder überhaupt niemals ausgeführt werden könnten. Sie halten den jetzigen Zeitpunkt auch deshalb für günstig, weil sie auf die Unterstützung eines Teils der ausgesperrten Bergarbeiter hoffen. Wie es heißt, soll der Rutsch mit der Besetzung der Zechenanlagen durch die von ihnen aufgestellte republikanische Notwehr bestehen.

Zu dem Kofardenerlaß der bayerischen Regierung. Der vor kurzem vom bayerischen Innenminister Dr. Schwyer herausgegebene Kofardenerlaß war in der bayerischen Presse in der schärfsten Weise angegriffen worden. Wohl veranlaßt durch diese scharfe Kritik ist jetzt eine amtliche Erläuterung zu diesem Erlaß ergangen, welche feststellt, daß der Erlaß nur das unbefugte Tragen der Abzeichen verbieten sollte und selbstverständlich nicht das durch andere Vorschriften geregelte Recht zum Tragen militärischer Uniformen oder Abzeichen. Zum Schluß der Erläuterung heißt es: Der Erlaß bezweckt nur den Schutz der militärischen Abzeichen und richtet sich selbstverständlich in keiner Weise gegen die Fahne Schwarzweiß-rot oder gegen die militärischen Ehrenabzeichen.

Volksleben und Wirtschaft.

Die Wirtschaftswoche.

Die Kapitalnot artet immer mehr in eine allgemeine Finanzkrise aus. Die Handelswelt sucht sich angesichts der Kreditbeschränkungen der Reichsbank, die hauptsächlich darin in Erscheinung tritt, daß neue Wechselkontierungen abgelehnt werden, dadurch zu helfen, daß sie die Zahlungen hinauschieben. Der Direktor einer Großbank hat jüngst erklärt, daß der deutsche Zahlungsverkehr zurzeit im Zeichen eines „heimlichen Moratoriums“ stehe. Die Industrie und die Großfirmen, die ihre Aufenstände von ihren Abnehmern nicht hereinbekommen können, kommen ihrerseits den Verpflichtungen gegenüber den Banken nicht pünktlich nach. Dadurch wird die Kreditfähigkeit und Kreditbereitschaft der Banken weiter eingeschränkt. Eine Anzahl von Banken und Bankiers (und zwar gerade diejenigen, die ihrer Klientel bereitwillig Kredit zur Verfügung gestellt hatten) ist in Bedrängnis geraten.

Da die Reichsbank nicht daran denkt, ihre Kreditpolitik aufzugeben, so droht eine allgemeine Kreditstocung, wenn nicht endlich mit dem Kardinalfehler unserer jetzigen Wirtschaftsstruktur, der Anhäufung von Warenbeständen aus Furcht vor Substanzverlust ungeachtet eines hochgradigen Mangels an Betriebskapital und einer Ueberspannung des Kredites, gebrochen wird.

Der Warenhandel wird mit der Vorratswirtschaft auf Kreditbasis brechen und Verkäufe aus seinen Beständen vornehmen müssen, weil die Zinsopfer allmählich das in Warenbeständen angelegte Kapital auffressen. Solange der deutsche Inlandsverbrauch ungesättigt war, war es möglich, die Zinsverluste und eine Entwertungsprämie auf die Preise aufzuschlagen. Durch diese Preispolitik im Bunde mit den hohen Produktionskosten sind wir glücklich dahin gelangt, daß unsere Industrie im Auslande immer mehr wettbewerbsunfähig wird. Das Hochhalten der Preise im Inlande als Ersatz für den mangelnden Export muß in dem Augenblicke zu einer Wirtschaftskatastrophe führen, wo der Inlandsbedarf schärfer nachläßt. Anzeichen hierfür sind bereits vorhanden.

Ein Wiederaufbau des Exportes durch Produktionsverlängerung bei genauerer Kalkulation ist schon deshalb notwendig, weil ein starker Ausfuhrüberschuß die Voraussetzung für die Reparationsleistungen ist. Freilich müßte man, wenn wir einen solchen Ausfuhrüberschuß (er müßte mindestens 2,5 Milliarden Goldmark pro Jahr betragen, um den Reparationsleistungen gerecht zu werden) erzielen sollen, uns auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung in allen Ländern wiedergeben. Wie sollen wir das exportieren, wenn überall hohe Zollmauern die deutschen Waren auszusperren suchen? Amerika ist nicht nur bereit, die notwendige Reparationsanleihe für Deutschland zu geben, sondern auch große Beträge langfristige in der deutschen Industrie anzulegen. Die Amerikaner sehen nämlich, daß ihr übermäßige großer Goldvorrat ihre Wirtschaft mit einer schweren Krise bedroht.

Vermischtes.

Große Wahlsiege der evang. Elternschaft in Sachsen. Die ersten diesjährigen Elternratswahlen im Staat Sachsen, wo die Elternschaft in jahrelangem erbitterten Kampf ihre Waffen zu führen gelernt hat, haben der evang.-christlichen Liste über Erwarten große Erfolge gebracht. In Dresden ist ein Vorsprung der christl. Listen um 190 Vertreter sichergestellt. Die sächsische Landeshauptstadt, von wo ein Fleißer der christl. Elternschaft den Fehlschlag ins Gesicht schleuderte, hat damit zum erstenmal eine klare evangelische Mehrheit. An 31 Dresdener Schulen hat die christliche Liste 1, an 7 Schulen 2 Sitze gewonnen, an 13 Schulen stellt sie erstmalig die Mehrheit. In der Industriestadt Chemnitz hat die christliche Liste gegenüber dem Vorjahr in einem Zug 69 neue Sitze gewonnen. Auch aus kleineren Orten, z. B. Radebeul, Kappelwitz u. a., werden in die Augen springende Fortschritte gemeldet. Es darf nach diesen Erfahrungen den Wahlen in der Hochburg des Schulradikalismus Leipzig am 18. Mai mit guten Erwartungen entgegengesehen werden. In Preußen ist bekanntlich der 22. Juni als Termin für die Elternratswahlen vorgegeben.

Die Trauerfeier für den erschossenen Schutzpolizisten. In Halle fand die feierliche Ueberführung des am Sonntag erschossenen Schutzpolizisten Hartung nach seiner Heimat Lebnitz statt. Die Beteiligung an der Trauerfeier im Garten der Universitätsklinik war außerordentlich stark. Nach der Weihrede des Pfarrers widmete Oberleutnant Duesterberg dem erschossenen Kameraden einen warmen Nachruf. Es sprachen alsdann die Vertreter der vaterländischen Verbände, des Stahlhelms, des Wehrwols, des Jungsturms und der Schutzmannschaft, die sämtlich prachtvolle Kränze niederlegten. In dem Zuge befanden sich etwa 40 Fahnen der vaterländischen Verbände und der Halle'schen Studenten. Hinter dem Garde schritt der Vater des Erschossenen, ein Postbeamter. Ihm schlossen sich alsdann die Mitglieder der oben genannten Verbände an. Der Zug zählte ungefähr 2500 bis 3000 Per-

sonen. Die Straßen, die der Zug passierte, waren dicht bevölkert.

Der Mord im Tegeler Forst ist jetzt vollständig aufgeklärt. Der im Dezember v. J. Ermordete ist der am 16. Mai 1895 in Rheindt bei M. Gladbach geborene Kaufmann Heinz Dammer. Der eine der Täter ist der flüchtig gewordene 18 Jahre alte Robert Grüte Lehder, der in Hermsdorf bei Berlin bei seinen Pflegeeltern wohnte. Grüte und Dammer, die sich beide an der völkischen Bewegung lebhaft beteiligten, lernten sich näher kennen, als sie gemeinsam auf einem Gute in Pommern arbeiteten. Grüte schloß sich aus renommierten Erzählungen seines Freundes den Verdacht, daß Dammer für die kommunistische Partei und speziell für die „Rote Fahne“ spionierte, ein Verweis für diese Annahme lag aber in keiner Weise vor. Bei einem gemeinsamen Nachmittagsausflug nach Tegel glaubte Grüte den Augenblick gekommen, mit dem vermeintlichen Spion abzurechnen zu müssen, und erschloß ihn kurzerhand um einen Raubmord vorzutauschen, nahm er alles an sich, was dieser bei sich getragen hatte. Die politische Polizei, der unbestimmte Mitteilungen über den Vorfall zugegangen waren, besetzte sich mit der Angelegenheit und nahm Grüte fest. Trotz umfangreicher Nachforschungen konnte damals aber die Leiche des Erschossenen nicht gefunden werden und Grüte, der anfangs die Tat zugegeben hatte, stritt nun alles ab. Er wurde deshalb freigelassen und ist dann ins Ausland gegangen. Durch die jetzige Auffindung der Leiche des Dammers sind nun alle Angaben, die Grüte zuerst gemacht hatte, bestätigt worden. Im Zusammenhange mit der Sache wurden zwei Personen namens Seltentamp und Böttcher verhaftet.

Wieder Opfer von Fleischvergiftungen. Im Dorort Gaustadt bei Bamberg sind zahlreiche Personen an Fleischvergiftungen erkrankt. Zwei davon sind gestorben. Die bakteriologische Untersuchungsanstalt in Würzburg stellte laut „Bamberger Tageblatt“ einwandfrei Paratyphus fest.

In den Klauen des Spielteufels. Ein 33jähriger Gastzähler in Dresden hat seine Ehefrau im Bett mit einem Peil erschlagen und sich dann erhängt. Der Grund zur Tat sollen Spielschulden und Unterschlagungen sein.

Von der Mutter ermordet? Aus Gera wird gemeldet: In der Altenburgerstraße wurde an einem Fenster ein 10-jähriges Mädchen erdrosselt aufgefunden. Die Mutter des Kindes, eine geschiedene Frau Willhardt, und deren Liebhaber Leithold sind verschwunden. Zweifellos liegt Mord der Mutter an ihrem eigenen Kinde vor, das ihr bei ihrer Liebhaft im Wege war. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Verhaftung internationaler Mädchenhändler. Der Polizei in Odessa ist es gelungen, eine Organisation internationaler Mädchenhändler aufzudecken, die ihr Netz über ganz Mitteleuropa ausbreitet hatte. Zwölf chinesische und japanische Händler mit Rippfäden, die trotz des schlechten Geschäftsauges ein auffallend verschwenderisches Leben führten, wurden von der Polizei überwacht. Es stellte sich heraus, daß es Verbrecher waren, die unter Führung des Chinesen Jhiro Amei hatte in Odessa eine elegante Wohnung. Er hielt sich immer nur bis gegen Mittag in seiner Wohnung auf, wo er seinen kleinen Kramladen und seine versetzten Kleider zurückließ, sich europäische, elegante Kleider anzog und Gäste empfing. Seine Besucher waren junge Mädchen und verschleierte ältere Damen, die die Wohnung gewöhnlich durch eine Seitentür verließen. Dieser Tage besetzten die Detektive das kleine Wirtshaus, in der Vorstadt, wo sich die Chinesen zu versammeln pflegten. Die Polizisten spielten verkleidet die Rolle betrunkener Matrosen. Jhiro Amei trat zum Tisch der verkleideten Detektive, stellte sich als Schiffbruchsagent vor, versprach ihnen große Einkünfte und verpflichtete vier Detektive gleich für drei Monate für den japanischen Dampfer „Olifima“, der abfahrtbereit im Hafen lag, als die Polizei an Bord erschien. Nachdem das Schiffspersonal verhaftet wurde, konnte das Geheimnis der Chinesen rasch enthüllt werden. In dem Speisesaal des Dampfers unterhielten sich in Gesellschaft japanischer Männer vier junge Mädchen bei Champagner und Zigeunermusik. Unter den Mädchen befanden sich 26 Ungarinnen, 10 Rumäninnen und 4 Russinnen, die erzählten, sie seien von zu Hause durchgebrannt, weil sie Japan lernen wollten. Jhiro Amei gestand alles und erzählte, die Mädchen hätten ihn im Vaterland verlassen, um „Skabinen einer weitverzweigten Mädchenhändlerorganisation zu werden“. Nach seinem Geständnis sind gegenwärtig in Europa etwa 800 Mitglieder der Organisation tätig, deren Hauptstationen Odessa, Bordeaux, Rume und Neapel sind.

Der Bock als Gärtner. Auf der Eisenbahnstrecke Gauzgenbielau-Breslau wurden zu wiederholten Malen aus Güterwagen wertvolle Güter gestohlen. Jetzt ist es der Kriminalpolizei endlich gelungen, als Haupttäter einen Zugführer aus Breslau, der die Güterzüge leitete, zu ermitteln. Als seine Gehilfen kommen zwei Eisenbahnschaffner in Frage. Da auch eine Anzahl Helfer ermittelt wurde, dürfte die Sache weitere Kreise ziehen.

Dresden. Unter der Führung von Kapitänleutnant von Müde und Prof. Dr. med. Kuhn hat sich in Dresden ein völkisch-sozialer Block als dauernde politische Vertretung der völkischen Bewegung in Ostschlesien gebildet.

Leipzig. Das Verfahren gegen Korbach ist „wegen Unwesentlich des Angeklagten“ vorläufig eingestellt worden. Die 11 Freunde Korbachs sollen bereits sämtlich außer Verfolgung gesetzt sein.

Stadt. Kreis. Provinz.

Zum Verbot der Stolper Kolonial-Gedächtnisfeier bringt jetzt die „Kreuzzeitung“ folgende Zuschrift:

„Die Abteilung Stolz der Deutschen Kolonialgesellschaft beabsichtigte am 11. Mai zum Andenken an die am 24. April 1884 erfolgte Erklärung der deutschen Schutzherren über Angra Pequena eine Gedenkfeier, verbunden mit Pflanzung einer Eiche abzuhalten.“

Die Polizeibehörde in Stolz hat sich nicht für zuständig gehalten zur Genehmigung dieser Feier, das Preussische Ministerium des Innern hat die nachgesuchte Genehmigung verweigert. Die beabsichtigte Feier hätte ganz den gleichen Charakter getragen, wie die Feiern, die am 24. April nicht nur in Berlin, sondern an vielen anderen Orten des Reiches von der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft abgehalten wurden. Alle diese Feiern sind ruhig verlaufen, bei keiner ist es zu politischen Kundgebungen irgendeiner Art gekommen, was durchaus der

Tatsache entspricht, daß die Reichsarbeitsgemeinschaft und die in ihr zusammengefaßten Vereine und Verbände sich grundsätzlich von Fragen der inneren Politik fernhalten. Die koloniale Frage ist eine Angelegenheit, die das ganze Volk, ohne Unterschied der Partei und des Berufs, angeht, und ist von den kolonialen Kreisen stets in dieser Weise betrachtet und behandelt worden.

Warum nun das Verbot des Preussischen Ministeriums des Innern, zumal die Reichsregierung wenigstens in ihrem prominentesten Vertreter, dem Außenminister Dr. Stresemann, auf kolonialfreundlichem Standpunkt steht? Wie ist es möglich, daß der Preussische Minister des Innern eine Veranlassung in Stolz für den 11. Mai verbietet, während der Reichsminister des Innern zu der gleichen Veranstaltung, die am 24. April in Berlin stattfand, ein Begrüßungstelegramm schickte? Offenbar liegt eine Unstimmigkeit zwischen Reichsregierung und preussischer Regierung vor, von der schon vor einigen Tagen verlautete. Das Preussische Staatsministerium scheint sich schon vor einiger Zeit mit der Frage beschäftigt und in den kolonialen Kundgebungen am 24. April eine staatsgefährliche Aktion erblickt zu haben. Wenn das nun von denjenigen Mitgliedern des Preussischen Staatsministeriums begrifflich erscheint, denen es ihrer ganzen Einstellung nach unmöglich ist, die Welt anders als durch die parteipolitische Brille zu betrachten, so wird man doch mit Recht fragen müssen, wie stehen diejenigen Mitglieder des Preussischen Staatsministeriums, die der Deutschen Volkspartei angehören, einer Partei, die stets für den kolonialen Gedanken eingetreten ist, zu einem derartigen Beschluß ihres Kabinetts? Die Sache wird ja wohl ihre Aufklärung finden, da, wie wir hören, die Deutsche Kolonialgesellschaft bei dem Preussischen Staatsministerium Beschwerde gegen das Verbot des Ministers des Innern eingelegt hat.

Innerhalb bleibt für die Kolonialdeutschen und die ihnen nahestehenden Kreise die Tatsache bestehen, daß sie von dem Preussischen Minister des Innern entweder für staatsgefährlich oder für Bürger zweiter Klasse betrachtet werden, über deren Bestrebungen man mit einem Polizeiverbot zur Tagesordnung übergehen zu können glaubt. Ob das von dem Minister gerade sehr klug ist, wird sich ja zeigen.

Jedenfalls kann er sich angeßichts der Stellungnahme des Reichsaußenministers nicht etwa auf die Rückwirkungen beziehen, die koloniale Kundgebungen etwa im Ausland auslösen könnten. Das zu beurteilen, ist doch wohl Sache des auswärtigen Amtes und nicht des Preussischen Ministers des Innern.

Wie lange soll dies Regiment des Genossen Severing in Preußen noch währen? Es wird wirklich allerhöchste Zeit, daß, wie jetzt im Reich, so auch in Preußen, endlich der sozialistischen Herrschaft ein Ende bereitet wird.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten in Goldmark: Butter 1,80, Schweinefleisch 0,60—1,00, Rindfleisch 0,80—1,20, Kalbfleisch 0,80—1,20, Hammelfleisch 0,80—1,00, Klundern 0,30 bis 0,40, Pflaumen 0,35, Mohrrüben 0,30, Rabarber 0,50, Bruten 0,05, Zwiebeln 0,35, Pfeffer 0,40—1,00, Blumentohl 1,20, Spinat 1,30 das Pfund, Eier 0,09, Apfelsinen 0,10—0,20 das Stück, Radieschen 0,25 das Bund, Salat 0,25 der Kopf.

Diebstahl. Aus einer unverschlossenen Wohnung wurden mehrere Bettbezüge, Bettücher, Tischdecken und ein goldener Trauring, gezeichnet W. P. oder A. G., gestohlen.

Festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt wurden vom Amtsgericht Güstrow (Mecklenburg) wegen Diebstahls fieberkräftlich verfolgte Handlungsgehilfe Ernst Schwerdtfeger aus Malchin und ein wohnungs- und beschäftigungsloser Arbeiter, der sich erboten hatte, einen von einem Hausdiener gekauften Sack mit einem Zentner Kartoffeln nach dessen Wohnung zu fahren. Er zog es indes vor, die Kartoffeln zu verkaufen. In der vergangenen Nacht wurde er, in einer der Stadt benachbarten Feldscheune nächtigend, von Schutzpolizeibeamten angetroffen und festgenommen.

Unterbringung von Studenten in landwirtschaftlichen Betrieben während der Hochschulerien. Die Landwirtschaftskammer wird gebeten, für die Studenten in der Zeit der Sommerferien (vom Anfang Juli bis Anfang November) Beschäftigung zu verschaffen. Namentlich wünschen Studenten der landwirtschaftlichen Hochschulen eine weitere praktische Ausbildung in der Ferienzeit. Landwirte, die Studenten während der Ferienzeit einstellen wollen, werden dringend gebeten, möglichst bald ihre Anschrift der Landwirtschaftskammer Stettin, Werberstraße 32, mitzuteilen.

Der Bund der Viktoria-Füßler (ehemaliges Füßler-Regiment Königin Viktoria von Schweden, Pommerches Nr. 34) bezieht am Sonntag, den 1. Juni, vormittags 11 Uhr auf dem Hofe der Grenadierkaserne zu Stettin, Linsingenstraße, die Weihe des Denkfeins für seine gefallenen Kameraden, wozu alle Angehörigen der Gefallenen und alle ehemaligen Kameraden herzlich eingeladen sind. Am Sonnabend, den 31. Mai, 5 Uhr nachmittags Sportwettkämpfe der Traditionskompagnien auf dem Hofe der Grenadierkaserne. Abends 7,30 Uhr Festkommers im Reichsadler, Pöhlter Str. 77.

Lauenburg. Gestern wurde der ganze Osten Pommerns von schweren Gewittern heimgesucht. Wahrscheinlich durch einen in das Leitungsnetz der Ueberlandzentrale gefahrenen mit dem Netz weiter geleiteten Blitzstrahl wurde i Schartofe ein Schalterwärter, der an der Starkstromleitung zu tun hatte, getötet. Die Untersuchung über den Unglücksfall ist im Gange.

Röslin. Dampfflieger Udet in Röslin. — An Dienstag abend landete in der Nähe der Reulenziger Chaussee ein Flugzeug. Der Führer war Kampfflieger Udet, der während des Krieges durch die hohe Zahl seiner Abschüsse bekannt wurde. Udet hat 65 Flugzeuge zum Absturz gebracht und ist der erfolgreichste lebende Kampfflieger. Er kam nach Röslin, um mit den Graecher-Verken A.-G. Verträge abzuschließen. Nach einigen Probeflügen über der Stadt wandte sich Udet nach Königsberg, um sich dort an dem Sonntag stattfindenden Wettflügen zu beteiligen.

Stargard. Das Schwurgericht verurteilte den vorbestraften verheirateten Händler Gustav Abrecht aus Freienwalde (Pomm.) dem zur Last gelegt wurde, dort in der Nacht zum 1. Januar den Ruchek Josef Czech mittels Messer derart vorfälschlich körperlich mißhandelt zu haben, daß dadurch dessen Tod verursacht worden ist, zu 5 Jahren Gefängnis; 3 Monate erlittene Untersuchungshaft werden angerechnet. Es handelte sich um einen belandenen Wirtschaftskreis, der aber leider ein Menschenleben gekostet hat. — 11.000 kleine Hechte wurden vom Anglerverein in die Thaa ausgefetzt. In nächster Zeit werden auch Maie ausgefetzt.

Standesamt.

Sterbefälle vom 11. bis 17. Mai.

Sohn Heinz des Lokomotivschlossers Reinhold Schwachow, 2 J. alt; Schmied Werner Kriisch aus Sorchow, 28 J. alt; Sohn Sigurd des Oberpostsekretärs Artur Neumann, 7 J. alt; verheiratete Renner Auguste Benzlaff geb. Binsch, 77 J. alt; Tochter Hedwig des Arbeiters Max Kempert, 3 Monate alt; Tochter Dora des Bahnarbeiters Walter Lieg, 6 Monate alt.

Letzte Meldungen.

Der Bergarbeiterstreik beigelegt.

Berlin, 16. Mai. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Beilegung des Konfliktes im Ruhrbergbau haben zu einer Einigung geführt.

Einig im Willen zu Preußen!

Berlin, 16. Mai. Die Ostpreussischen Parteien haben, wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, gegen die Abtrennung Hannovers einen Aufruf erlassen, worin sie betonen, daß sie durch die Reichstagswahlen zum unzweideutigen Ausdruck gebracht haben, daß sie Preußen sind und bleiben wollen und zwar im Verband der preussischen Provinz Hannover. Sie schlossen sich daher allen Kundgebungen der Rheinländer und Westfalen und dem Aufruf der preussischen Staatsregierung gegen die Abtrennung an. Unterzeichnet sind die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Demokratische Partei und die Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Arbeits einschränkung infolge Mangels an Bargeld.

Düsseldorf, 16. Mai. Die Verwaltung der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf gibt bekannt, daß infolge Mangels an Bargeld ab kommenden Montag die Arbeitszeit auf die Hälfte verkürzt werden müsse. Nur in einigen Abteilungen soll noch bis auf weiteres voll gearbeitet werden.

Kommunistischer Gewaltakt.

Oberhausen, 16. Mai. In der gestrigen Nacht drangen 60—70 Arbeiter gewaltsam in die Zeche Raddob ein, anzuhalten die Wächter und Notstandarbeiter und versuchten diese von den Zechenanlagen zu verdrängen. Auf die Hilferufe der Mißhandelten griff die Polizei ein und verfolgte die Aufreißer. Zehn der Beteiligten wurden festgenommen.

Bokenhardts Helfershelferinnen verhaftet.

Nostod, 16. Mai. In Parchim wurden, wie die „Medlenburger Warte“ berichtet, das Dienstmädchen Martha Wähls und die Verkäuferin Grete Schulz verhaftet. Sie wurden vom Untersuchungsrichter in Starogard gesucht, und zwar wegen politischer Untriede. Zuerst sind sie für und mit Bokenhardt zusammen für politische Zwecke tätig gewesen und werden jetzt mit der Tscheka in Mecklenburg in Verbindung gebracht. Beide Personen sind nach Pommern abtransportiert worden.

Verbot von Gasbeleuchtung in Eisenbahnwagen?

Paris, 16. Mai. Wie aus Genf gemeldet wird, hat die Schweizerische Bundesbahn beschlossen, sich auf dem nächsten in Amsterdam zusammentretenden Internationalen Eisenbahngreß vertreten zu lassen, um mit Rücksicht auf die Katastrophe von Bellinzona ein sofortiges vollständiges Verbot von Gasbeleuchtung in Eisenbahnwagen im internationalen Dienst zu beantragen. Die französischen Blätter berichten, es laufen nach wie vor deutsche Wagen mit Gasbeleuchtung über den St. Gotthardt trotz wiederholter Warnungen der schweizerischen Eisenbahndirektion, die namentlich von der Badischen Eisenbahndirektion vollständig ignoriert werden. In der Schweiz wird daher sofort jeder weitere Verkehr deutscher Wagen mit Gasbeleuchtung verboten.

Amerika will keine Japaner.

New York, 16. Mai. Beide Häuser des Kongresses haben die Auswanderungsbill für den Anschluß der Japaner angenommen, der, falls Coolidge kein Veto einlegt, am 1. Juli in Kraft tritt. — Das Echo aus Japan läßt sich denken.

Handelsnachrichten.

Stettiner Getreidenotierung vom 16. Mai. Roggen inf. 130, ruhig; Weizen inf. 164, matt; Hafer 130, beh.; Gerste, inf. 180, ruhig. Alles für 1000 Kg. ab nahegelegenen Stationen. Stettiner Kartoffelnotierung vom 16. Mai. Es wurden notiert für 50 Kg. frei Wagon Reichsbahnstation: weiße 2,40, rote 2,50, gelbe 3,00 Mark; ab Kleinbahn 10—20 Pf. weniger. Tendenz weiter rückgängig.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 16. Mai 1924 1. Qualität 1,82, 2. Qualität 1,77, abfallend 1,67 Goldmark.

Mittagsbörse (Amtlich) Getreide und Cerealien per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen März 156—159, Weizen —, Roggen März 128—133, Weizen —, Weizen —, Braugerste 164—176, Futtergerste 148—156, Hafer März 127—134, Weizen —.

Weizenmehl 21 50—24 50, Roggenmehl 18 75—20 75, Weizenkleie 9 50, Roggenkleie 9 30—9 40, Raps 300, Leinöl 400, Viktoriaerbsen 23—25, kleine Sojabohnen 15—16, Futtererbsen 14—15, Perlgerste 11—12, Ackerbohnen 15—16, Weizen 11 50—13 Lupinen blaue 11—11 50, gelbe 15—15 50, Serade 11—13, Kartoffeln 10—10 20, Leinfuchsen 19—20, Trockenrüben 9 10—9 20, Kartoffelrüben 21 50.

Heu und Stroh, (Amtlich) Erzeugerpreise je 50 Kilo an märkischer Station für den Berliner Markt in Goldmark; drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh (Quadratballen) 1,25—1,45, drahtgepr. Haferstroh 1 10—1,25, drahtgepr. Gerstenstroh 1,10—1,25, Roggenlangstroh (mit Stroh gebündelt) und bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh verschieden je nach Frachtlage, Häcksel 1,55—1,75 handelsübliches Heu gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Befay mit minderwertigen Gräsern 1 80—2 10, gutes Heu, desgl. nicht über 10 Prozent Befay 2 50—2 85 Melis-Heu, lose 1 20—1 50 hauehen, lose, ohne Angebot.

Amtlicher Bericht vom Magerevieh Hof Friedrichsfelde vom 16. Mai.

Auftrieb: 443 Milchkuhe, 14 Jungochsen, 15 Bullen, 20 Stück Jungvieh, 84 Kälber, 77 Pferde, 6 Maultiere, 15 Schafe, 4 Ziegen, 26 Schweine. Verlauf des Marktes langsam bei etwas festerer Tendenz. Milch- und hochtragende Kühe: 1. Klasse 320—470, 2. Klasse 260—320, 3. Klasse 150 bis 260, ausgediente Kühe über Notiz. Tragende Färjen: 1. Klasse 280—380, 2. Klasse 200—270 Goldmark per Stück. Jungochsen a, b und c 36—44. Jungvieh zur Mast, Bullen, Stiere und Färjen 25—32 Goldmark per Zentner. Pferdemarkt langsame Geschäft, 1. Klasse 1200—1700, 2. Klasse 900 bis 1200, 3. Klasse 600—800, 4. Klasse 300—500 Goldmark per Stück.

Der Dollar 4 200 000 000 000

(unverändert)

Goldmark = 1 Billion.

	16. 5.	15. 5.
	(In Billionen Mark)	
	8.	9.
100 holländische Gulden	157,80	158,00
100 belgische Franken	20,45	20,55
100 norwegische Kronen	58,45	58,75
100 dänische Kronen	71,62	71,98
100 schwedische Kronen	111,97	112,53
100 Danziger Gulden	73,61	73,99
100 italienische Lira	18,95	19,05
1 englisches Pfund	18,40	18,49
1 Dollar	4,19	4,21
1 argentinischer Peso	1,37	1,38
100 französische Franken	24,64	24,76
100 schweizerische Franken	74,41	74,79
100 spanische Peseten	58,45	58,75
100 tschechische Kronen	12,46	12,54
100000 österreichische Kronen	5,98	6,02



Gelb-Yupinen Seradella

bietet billigst an Fernruf 509 Carl Schröder, Mittelstr. 43.

Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volksküche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volksküche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.

Die städt. Volksküche Reithahn, Fernruf 1009.

Umzüge

von und nach allen Orten, sowie in der Stadt führt aus

Paul Schmidt, Bahn-Inspekteur Fernruf 67 u. 68.

Gänsefedern

weiß und daunig zum Selbstreiben p. Pfd. 1,75 Mark, rein weiße Gänsefedern, füllfertig p. Pfd. 4—4,50 Mark, versendet in reeller Ware portofrei p. Nachnahme

Pommerische Bettfedernfabrik Otto Lubs Stettin-Gradow.

Alfred Crau, Stolp i. Pom.

Fernruf 826 Lederlager — Techn. Geschäft

Holstentorstraße 24

Größtes Lager am Platze in

besten Kernleder-Treibriemen

Haarriemen : Baumwollriemen : Hanfriemen

Riemenverbinder aller Art — Holzriemenscheiben — Treibriemenwachs

Maschinen- und Zylinder-Ole

Konst. Fett — Wagenfett — Lederfett

Asbest- und Dichtungsplatten — Packungen — Putzwolle

Bekleidungsleder Pumpen-Manschettens Möbelleder

Gold.

Roman von Wilhelm Herbert (München).

32. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten)

Plötzlich, ohne jede Vermittlung sagte einer der Burschen mitten im Tanz von den Gästen einen, der eben ein Bauern-Dirndl fester als nötig umschlang, beim Fragen, daß der etwas zartgebauete seine Herr einige Male um die Achse wirbelte und dann zu Boden floß. Das Dirndl, welches mit einem einzigen kurzen Blick im Auge ihres Schatzes die ziellos ausbrechende Wut der Eifersucht erkannt hatte, floß mit lautem Kreischen von der Wiese. Die Musik verstummte, die Weiber schrien, besonders schrill gellten die geängstigten Stimmen der Stadtdämchen, ihre Begleiter zankten empört, jähren sich aber dabei unsicher nach Deckung um und die Burschen vom Dorf rotteten sich um ihren Kameraden zusammen, schoben die Hüte ins Gesicht, kramelten die Kermel auf und starrten mit wütenden Blicken nach ihren Gegnern hinüber; ja, ein paar verwegene Käufer im Hintergrund fühlten schon nach der Messertasche, in welcher der blaue, griffige Knider steck, der bei mancher Festlichkeit die letzte grausige Szene begleitete.

Da schob sich Veri durch die Menge. Er hatte nach seiner jungen Frau gesucht, sie aber nicht gefunden. Sein Unmut hierüber verwandelte sich sofort in Jähzorn, als er den tumultuösen Vorgang sah.

„Was gibts da?“ frag er herrisch-barsch gegen die Landleute hin.

Ein unwilliges Brummen erhob sich. „Oho!“ murmelten einige. „Willst schon den Dorffönig spielen?“

Die Gegenpartei hatte durch das Erscheinen des Bräutigams Mut bekommen.

„Gut, daß Sie da sind!“ krächte der Gedemütigte. „Hören Sie mal, Herr — Herr Maierhofer, unter Ihren verehrlichen Landsleuten sind ja schändliche Knüppel, die keine Ahnung von Bildung und Anstand haben! Reißt mich da son Flegel ohne jeden Anlaß mitten —“

Im selben Augenblick aber wich der Sprecher erblässhend zurück. Denn sein Gegner war mit ein paar wilden Säßen vorgezogen. „Was?“ brüllte er. „A Flegel? Was bin i?“

Aber da riß und rechte es Veri empor. Zum erstenmal fühlte er sich angegriffen in seiner Würde, auf dem eigenen Grund und Boden — er, der junge Herr auf dem Maierhof!

„Dös bist auch!“ schrie er dem anderen in das heiße Gesicht. „Nud di net auf da, Bürschl, sonst pad i dich und trag dich wie einen jungen Hund vors Tor und wirf dich raus aus dem Maierhof!“

„Oho! Oho!“ schrien die Burschen durcheinander. „Nur net gar so scharf! Hast selber kaum reingschmeckt!“

Der Gescholtene hatte sich wütend auf Veri geworfen. Ein kurzes Ringen, doch er war dem Holznecht nicht gewachsen, der seine Sehnen oben an den Balbriesen der Berge ge-
jählt hatte. Plötzlich hatte ihn Veri mit beiden Händen an der Gurgel und würgte und presste ihn in maßloser Wut. Ja, wenn nicht der andere halb ohnmächtig und ersickend in die Knie gebrochen wäre, hätte ihn sein Bächtiger in seinem Jähzorn wohl gar ums Leben gebracht.

Nach Atem ringend, im Kopfe schwindlich, in den Gliedern wie gelähmt, taumelte der Mißhandelte zur Seite.

Einer der Aelteren hatte inzwischen den Bauern vom Hof herbeigezogen. Das war ihm freilich nicht leicht geworden. Denn der Maierhofer hatte unsinnig getrunken und war von Sekt und Enzian vollkommen berauscht. Mühsam torkelte er näher.

„Was gibts denn? Was habt ihr denn?“ lallte er.

„Ja!“ höhnten die Burschen, welche über die Abfuhr ihres Kameraden wütend waren aber sich doch nicht auf Veri zu stürzen wagten. „Was will denn der Alte? Was willst denn du da? Du bist ja der Maierhofer nimmer! Dort steht er! Dös ist der Maierhofer von heut an! Geh nur net znah hin — sonst zeiat er dir auch!“

„Wer ist der Maierhofer?“ schrie der Alte in trunkenem Groll und taumelte auf Veri zu, der stolz und grimmig mitten im Kreise stand. „Du?“ stammelte sein Schwiegervater drohend. „Du, du Lauser, du berglauser, sang net zu früh an, sonst —“ Er erhob die zitternde Faust gegen Veri. Dieser aber schob seinen Arm verächtlich mit derbem Ruck zur Seite. Darüber verlor der Alte das Gleichgewicht, stürzte nieder, kollerte auf der abschüssigen Wiese vorwärts und rollte gerade vor Doris Füße, die in diesem Augenblick den Kreis erreicht hatte.

Einen Moment stand sie jassungslos.

„Da schau, schöns Bräutl!“ gellte eine giftige Weiberstimme aus geschütztem Hinterhalt. „Dein sauberer Bräutigam hat am Hochzeitstag dein Vater erschlagen!“

„Veri!“ murmelte Dori mit einem irren Blick nach ihrem Manne, der jähzornig über die kreischende Lügnerin aufgelaht hatte — ein Lachen, das seinem jungen Weib als scheinbare Bestätigung des Gehörten in die Seele schnitt.

Und doch überdönte in ihr, während sie sich auf den leblosen Vater niederbeugte, alles andere mit unerträglicher Qual der Gedante: Strafe deiner eigenen Schuld! Rache für deine eigene Sünde!

13.

Der unmäßige Alkoholgenuss in letzter Zeit, besonders die schwere Trunkenheit am Hochzeitstage, dann die Erregung in dem Streit hatten bei dem alten Maierhofer eine Katastrophe herbeigeführt: Als man ihn aufhob und von der Wiese trug, war er gelähmt und bewußtlos und der Arzt, der am nächsten Morgen eintraf, machte ein bedenkliches Gesicht und konstatierte einen schweren Schlaganfall. Er quartierte sich gleich auf dem Hofe ein, ließ nichts unberührt, was gegenüber solchen plötzlichen Zufällen in menschlicher Macht lag und vertraute dabei auf die gute Natur des Alten. Diese schien aber gebrochen und die Verheerung in den Gehirngefäßen schon zu weit vorgeschritten zu sein; denn die Schlaganfälle wiederholten sich am zweiten und dritten Tage und ehe eine Woche nach der Verheerung Doris hingegangen war, trug man den Maierhofer zum Friedhof hinaus und auf den tief-
ernsten, zum Teil finsternen Gesichtern derer, welche ihm die letzte Ehre erwiesen, stand der unerschütterliche Glaube eingegraben: So hats kommen müssen! Diese Heirat hat das Unglück auf den Maierhof gebracht!

Trübselig, mit stolzem Kopf ging Veri hinter dem Sarge drein. Wohl war er der Stube, in welcher sein Schwiegervater krank lag, schon ausgewichen und hatte sich Doris Bitten nachgebend, erst am Sterbebett des Alten eingefunden, als der letzte Augenblick gekommen war, da der Maierhofer mit einem schweren Stöhnen und einem letzten vergeblichen Aufbäumen des Körpers, unter dem das Lager ächzte, von ihnen schied. Aber wie nun der Bauer tot in den Kissen lag, überhäubte der Goldbrausch alle anderen Empfindungen in Veri. Nun erst war er ja am Ziel. Nun war er der Maierhofer, nun hemmte nicht der scheele, eifersüchtige, jeden seiner Schritte nachprüfende Blick des Alten vom Hofe mehr seine Handlungen, — nun galt sein Wille als oberstes Gebot und das sollten bald die anderen alle merken, die gehässig um ihn bertuschelten und wischten und ihn eines Verbrechens zeihen, das er nicht begangen hatte.

Denn laut und leise sagte man sich im Dorf und mehr noch in der weiteren Umgebung, daß Veri seinen Schwiegervater erschlagen habe. Die wenigen, welche den Vorgang genau gesehen hatten, trauten sich zum Teil nicht gegen das bössartige Gerede aufzutreten, zum Teil fälschten sie aus Klatschsucht, Neid und Dummheit selber mit an der Geschichte und andere, die es hörten und umrugen, logen und dichteteten dazu, was ihnen gerade passend schien. So stark und sicher trat das Gerücht auf, daß sogar die Polizeiverwaltung im Marktleden sich damit beschäftigte.

Aber die Zeugenaussagen Fuchsfingers, der die Dinge wohl kaum genau gesehen haben konnte, sie jedoch um so fester behauptete, und das Gutachten der Arztes nahmen der Anschulldigung wenigstens der Behörde gegenüber den Boden, was nicht hinderte, daß die Sage im Volk weiter wucherte und zu den geheimnisvollen Ereignissen, welche die letzten Wochen auf dem Maierhofe geschehen waren, ein neues jägtes, das im hereinbrechenden Herbst einen angenehmen schauerlichen Diskurs ermöglichte.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betr. Dienstzeit im Rathause während der Sommerzeit.

Von Montag, den 19. d. Mts. ab bis Mitte September wird für die städtischen Beamten und Angestellten die Sommerdienstzeit eingeführt.

Dienststunden täglich von 7—1, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3—6 Uhr. Mittwoch und Sonnabend Nachmittag dienstfrei. Abfertigung des Publikums nur am Vormittag.

Die Dienstzeit der Betriebswerke wird besonders geregelt.

Stolp, den 15. Mai 1924.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Elternversammlung.

Die 2. Elternversammlung im Oberlyzeum und der Studienanstalt findet nicht am 19. d. Mts., nachm. 5 1/2 Uhr sondern abends 7 3/4 Uhr statt.

Stolp, den 15. Mai 1924.
Der Studiendirektor.
gez. Dr. G. Adlich.

Krieger-Berein 1876 Stolp

Außerordentlicher Monatsappell.

Am Dienstag, den 20. Mai 1924 abends 8 Uhr finden sich die Söhne der Mitglieder im Alter von 14—22 Jahren, die gewillt sind der neuorganisierten Jugendgruppe beizutreten, im Vereinslokal Schützenhaus ein.

Der Vorstand.

Der Dramatische Verein „Schiller“ E. B.

feiert am Sonnabend, den 24. Mai d. Js. im Schweizergarten sein diesjähriges

Grüßungsfeiert.

Die Dekoration sowie die bisherigen Veranstaltungen bürgen für einen guten Abend. Einladungsgehefte sind an Herrn Knauß, Magazinstraße zu richten.

Der Vorstand.

Knaben-Waschanzüge

in großer Auswahl bietet

— zu billigen Preisen —

Yutter's Etagengeschäft

Friedrichstraße 6.

— Erstes christliches Etagengeschäft am Plaze. —



Fernrohr-Montagen

für

Repetierbüchsen sowie Kipplaufgewehre

zentral und seitlich sind ein Spezialfach meines Geschäfts.

Büchsenmachermeister

Eugen Pastinak

Stolp, Langestr. 25.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

Oele Fette

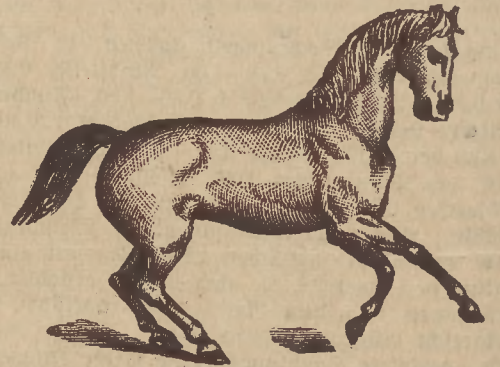
Ia. Treibriemen

2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.

Fernspr. 792.

Gegr. 1862.



Ständig große Auswahl in guten jungen Ermländer

Udlerpferden

und anderen Gebrauchspferden

C. Daber, Pferdehandlung

Grüner Weg 50.

Fernspr. 231.

Jeder Stand trinkt Brandt

Aechter Brandt Caffee

Marke »Pfeil«
Vollkommenster Kaffeezusatz nicht immer der billigste, aber der beste von Qualität und daher doch am preiswertesten! In jedem einschl. Geschäft zu haben!

Bruchreis
Gerstgrübe
Buchweizengrübe
bietet billigt an
Carl Schröder.

Kammerjäger

W Urbach ist wieder au-
wesend zwecks Vertilgung von
Ratten, Mäusen, Wanzen
usw. Bestellung umgehend
unter R. U. 12 an die Ex-
pedition der Btg. erbeten.